



Bundespräsident Guy Parmelin lässt sich vom kantonalen Feuerwehrinspektor die Massnahmen erklären, die in Luzern eine grossflächige Überschwemmung verhindern sollen.



BILDER PLUS AMREIN / LUZERNER ZEITUNG

## Parmelin warnt vor Gefahr in kommenden Wochen

Der Bundespräsident besucht Hochwassergebiete und dankt Feuerwehrleuten sowie Zivildienstleistenden

ERICH ASCHWANDEN, LUZERN

Pünktlich mit dem Bundespräsidenten kehrte am Donnerstagnachmittag auch ein ungebeter Gast nach Luzern zurück: der Regen. Doch der Niederschlag hielt sich glücklicherweise in Grenzen, so dass Guy Parmelin das geplante Besuchsprogramm absolvieren konnte. Er liess sich in der Stadt Luzern die Massnahmen erklären, mit denen bisher verhindert werden konnte, dass grosse Gebiete durch den Vierwaldstättersee und die Reuss überschwemmt wurden. In Aesch am Hallwilersee besichtigte er eine vom Hagelschlag stark betroffene Gegend.

Die grösste Gefahr für den Bundespräsidenten, der keine Gummistiefel trug, sondern solide Wanderschuhe, war denn auch nicht das steigende Wasser der Reuss. Vielmehr drohte Stolpergefahr durch die überall herumliegenden Sandsäcke, mit denen die Einsatzkräfte verhindern, dass Dolendeckel durch den Wasserdruck hochgedrückt werden.

### Gewässern fernbleiben

Parmelin überstand den Parcours durch die teilweise engen Gassen unbeschadet und verteilte viel Lob. «Ich bin beeindruckt vom Engagement der Feuerwehr und der übrigen Einsatzkräfte. Ich danke allen Feuerwehrleuten und Zivildienstleistenden», erklärte er. «Sie sind Tag und Nacht im Einsatz und machen dabei einen hervorragenden Job.» Er spüre, dass die Solidarität unter allen Beteiligten enorm sei. Den Tausenden von Profis und Freiwilligen sei es zu ver-

danken, dass die Schweiz trotz einer sehr angespannten Lage über eine lange Zeit relativ glimpflich davongekommen sei. Er lobte auch die gute Zusammenarbeit unter den Kantonen und mit dem Bund.

Der Bundespräsident erinnerte an die tragischen Ereignisse in den deutschen Bundesländern Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen: «Was in Deutschland passiert ist, ist eine Katastrophe. Zum Glück haben wir bisher keine Todesopfer zu beklagen.» Es gelte nun wachsam zu bleiben und die Entwicklung der Pegelstände genau im Auge zu behalten. Bereits früher hatte Parmelin über Twitter zur Vorsicht gemahnt.

Parmelin, der vorher bereits die Region Murten - Biel besucht hatte, gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Schweiz vorerst das Schlimmste überstanden habe. Die Regenfälle seien am Donnerstag weniger stark ausgefallen, als dies aufgrund der Voraussagen zu befürchten gewesen sei. Gleichzeitig erteilte er einer zu frühen Entwarnung eine klare Absage: «Wir müssen vorsichtig bleiben. Die Bevölkerung muss sich auch in den kommenden Tagen von den Gewässern fernhalten.»

Aufgrund der Gespräche, die der Wirtschaftsminister mit Verantwortlichen am Bieler-, am Murten- und am Neuenburgersee geführt hat, geht er von einer längeren Phase erhöhter Gefahr aus. Laut Parmelin braucht es nun eine Schönwetterphase von vier bis sechs Wochen, bis sich die Pegelstände in den grossen Seen und Flüssen normalisiert haben. Sollen die Kantone Hilfe benötigen oder komme es wegen des Hochwassers im

Rhein zu Versorgungsgespässen, sei der Bund bereit, subsidiär zu helfen.

### Sommer der Katastrophen

Der Bundespräsident wählte nicht zufällig Luzern für seinen Besuch aus. Der Kanton hatte das Pech, praktisch von allen Unwettern dieses Sommers getroffen zu werden. 70 von 80 Gemeinden kämpften mit den Folgen des Katastrophensommers. Bereits Ende Juni richteten heftige Gewitter im Norden des Kantons schwere Schäden an. Eine Woche später zerstörte ein Hagelzug im Luzerner Seetal und in der Region Wolhusen ganze Ernten und richtete gewaltigen Sachschaden an. Rund jedes zehnte Gebäude im Kanton Luzern ist gemäss dem kantonalen Feuerwehrinspektor Vinzenz Graf von Schäden betroffen. Inzwischen ist es das viel Wasser im Vierwaldstättersee und in der abfließenden Reuss, das weiten Teilen des Kantons Luzern schwer zu schaffen macht.

«Trotz den hohen und lange andauernden Belastungen haben unsere Einsatzkräfte die Situation im Griff», betonte der Luzerner Sicherheitsdirektor Paul Winiker. Dies sei umso bemerkenswerter, als man überall mit knappen Ressourcen auskommen müsse. «Wir dürfen es nicht übertreiben und diese Kräfte überlasten», mahnte Winiker.

Der Luzerner Regierungsrat erklärte, man habe aus dem Jahrhunderthochwasser von 2005 viel gelernt. So wurden in den vergangenen Jahren an der Kleinen Emme zahlreiche Schutzbauten realisiert. Sie sorgten dafür, dass weni-

ger Wasser in die Reuss lief und diese schneller abfliessen konnte.

Doch auch gezielte Massnahmen an den neuralgischen Gefahrenstellen können viel bewirken, wie der Bundespräsident feststellen konnte. So kamen in Luzern zum ersten Mal Beaver-Schlauchdämme zum Einsatz, die bei drohenden Überflutungen schneller und gezielter als Sandsäcke das Eindringen von Wasser verhindern können. Auf diese Art und Weise wird gegenwärtig die historische Jesuitenkirche am Ufer der Reuss geschützt.

### Handlungsbedarf erkannt

Laut Parmelin gilt es nun, die richtigen Schlüsse aus der Bewältigung der gegenwärtigen Krisensituation zu ziehen. «Wir müssen lernen und uns noch besser vorbereiten. Ausserdem müssen die bestehenden Lücken beim Hochwasserschutz geschlossen werden.» In dieser Beziehung hat auch der Kanton Luzern noch Hausaufgaben zu erfüllen.

Das rund 200 Millionen Franken teure Projekt «Hochwasserschutz und Renaturierung Reuss» ist wegen zahlreicher Einsparungen von Umweltschutzverbänden und Landwirten noch nicht beschlossen. Der Luzerner Baudirektor Fabian Peter erklärte, man wolle nun rasch vorwärtskommen. «Die jetzige Situation zeigt, dass Handlungsbedarf besteht. Die Reuss muss in diesem Gebiet sicherer gemacht werden.»

Pünktlich zum Ende des Besuchs des Bundespräsidenten hörte der Regen in Luzern wieder auf. Nach der

überraschend langen Regenpause am Donnerstag hat sich die Situation in der Innerschweiz insgesamt entspannt. So sasssen viele Leute bereits wieder in den Gartenrestaurants und genossen ein paar Sonnenstrahlen. Zeitweise erinnerten nur die aufgeschichteten Sandsäcke und die Hochwassersperrungen an die prekäre Situation. Optimistisch stimmen auch andere Entwicklungen. So ist positiv zu werten, dass sich die Hochwassersituation im Kanton Uri bereits in der Nacht auf Donnerstag vor allem bei den Fliessgewässern weiter entspannt hat. Der Pegel der Reuss und damit des Hauptzuflusses zum Vierwaldstättersee ist stark gesunken. Reussabwärts versuchen die Rettungskräfte alles, um den instabil werdenden Damm bei der Gemeinde Hünenberg zu verstärken.

Die Gefahr, dass der Vierwaldstättersee wieder den Rekordpegelstand von 2005 erreicht, ist etwas geringer geworden. Nach wie vor bleibt jedoch die höchste Gefahrenstufe 5 in Kraft. Auch andere Seen und Flüsse im Land sind randvoll. Insbesondere beim Thuner- und beim Bielersee ist die Situation weiterhin kritisch. Die zweithöchste Gefahrenstufe gilt für den Zürichsee, den Brienzensee, die Aare unterhalb des Thunersees, den Hochrhein sowie für die Reuss.

Auf Feuerwehrleute, Zivildienstleistende und Private, die ihr Hab und Gut schützen wollen, warten daher weitere bange Stunden. Dies, zumal sich der Sommer 2021 bisher sehr ungnädig gezeigt hat mit einer unheilvollen Abfolge von Gewittern, Hagelstürmen und lang anhaltenden Niederschlägen.

## Mit der Seilbahn aus dem Tief

Stadt-Gruppe der FDP sieht in der Luft urbanes Transportpotenzial

ANGELIKA HARDEGGER

Die städtische Verkehrspolitik rauscht in eine links-grüne Richtung. Die Stadtzürcher Regierung hat am Mittwoch praktisch flächendeckendes Tempo 30 beschlossen, die Winterthurer waren noch schneller: Schon vor einer Woche verkündeten sie eine stadtweite Reduktion auf 30 Kilometer pro Stunde. Die Bürgerlichen hatten das höhere Tempo verteidigt – ohne Erfolg. Die städtischen Strassen sind für den Freisinn ein hartes Pflaster geworden.

Nun versucht die Gruppe «FDP urban» einen Befreiungsschlag. In einem neuen Positionspapier wirbt sie für «mehr Elektromobilität für die Stadt der Zukunft». Dabei wärmt sie auch eine alte Idee wieder auf: Seilbahnen für die Städte. Der Konkurrenzkampf um den knappen Strassenraum sei gross, schreibt

«FDP urban». Deshalb gelte es, den Transport über die «dritte Dimension» zu prüfen. Der St. Galler FDP-Politiker Roger Dornier hat das Papier mitverfasst. Er stellt sich Seilbahnen über bestehenden Strassen vor, Parallelstrassen in der Luft.

### Wie beim Skifahren

Das sei umweltfreundlich, könne 24 Stunden am Tag betrieben werden, brauche wenig Platz und kaum Personal, schwärmt Dornier. «Uns schweben kleine Gondeln für vier bis fünf Personen vor. Ähnlich wie beim Skifahren.» Dornier nennt das Beispiel Bern, wo eine Bahn vom Wankdorf weiter hinaus in die Agglomeration führen könnte. Auch in der Stadt St. Gallen, mit einer Linienführung über der Autobahn von Ost nach West, wollen die Freisinnigen die Idee

prüfen. Es sollen Vorstösse in mehreren Parlamenten eingereicht werden.

Allerdings: Wirklich neu ist die Seilbahn-Idee nicht. Sie geistert seit Jahren durch die Schweiz – bisher ohne Erfolg. In Zürich will die Kantonbank eine Bahn über den See bauen. Der Zoo kämpft für eine Bahn von Stettbach auf den Zürichberg. Keine der Bahnen ist bis dato gebaut. Gegen beide wurden Beschwerden eingereicht. Und in der Ostschweiz wurde eine Seilbahn von Ost nach West, wie Dornier sie nennt, kürzlich geprüft. Das Fazit war ernüchternd: zu langsam, zu wenige Fahrgäste, zu teuer im Vergleich zu einem Ausbau der Busse.

Im Ausland wurden in den vergangenen Jahren mehrere erfolgreiche städtische Seilbahnen gebaut, vor allem in Städten mit grossem Gefälle. Die Paradebeispiele sind die Hauptstadt von Bolivien, La Paz, und Medellín in Kolumbien.

Kay Axhausen, Leiter des ETH-Instituts für Verkehrsplanung und Transportsysteme, sagt: «Da befördert die Seilbahn in kurzer Zeit viele Menschen die Hänge hoch und runter. Die Alternative Strasse war dort praktisch unmöglich.»

Axhausen hält Seilbahnen in Schweizer Städten nur bedingt für sinnvoll: «Man müsste im Einzelfall prüfen, ob Seilbahnen tatsächlich günstiger sind und schneller als Bus und Strassenbahn.» Für eine Seilbahn, die vom Zürcher Bahnhof Altstetten auf den Hängberg hätte führen sollen, wurde das gemacht. «Dort zeigte sich, dass ein Bus-Ausbau günstiger wäre und auch von der Reisezeit akzeptabel.»

Axhausen sagt: «Wenn der Platz auf der Strasse mit Bus und Bahn ausgeschöpft ist, muss man sich fragen, ob nicht eine U-Bahn gescheiter wäre.» Auch bei «FDP urban» hat man im Prinzip mehr

Sympathien für den Untergrund. Roger Dornier sagt: «U-Bahnen wären meiner Meinung nach besser. Aber das kostet unendlich viel Geld. Darum orientieren wir uns jetzt nach oben. Seilbahnen kann man finanzieren.»

### Widerstand ist programmiert

Wie schwierig die Realisierung ist, zeigt sich in Zürich. Im September stimmt die Stadt über eine Initiative ab, welche die Seilbahn über den See verhindern will. Der Initiant stört sich am Schattenwurf der vorgesehenen Stationen und Masten in Ufernähe. Die Initiative wird von den Grünen unterstützt. Auch Besitzer von Häusern, die unter oder neben der Bahn liegen würden, haben viel Hebel für Opposition – und wenig Interesse daran, dass Passagiere beim Vorbeifahren in das Schlafzimmer gucken.